

„Es gibt zu viele Möglichkeiten, dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen zu bleiben, sich dort einzurichten und Arbeitsangebote auszuschlagen. Insofern plädiere ich dafür, das Bewusstsein für Arbeit deutlich zu schärfen.“



„Wir wollen Migration steuern und begrenzen und eine Fachkräftezuwanderung sehen, die ihren Namen auch verdient. Wir wollen keine gescheiterte Asylpolitik die man uns am Ende als Fachkräfteeinwanderung verkaufen möchte.“

Jana Schimke: Zunächst einmal hat jeder Arbeitslose schon jetzt die Pflicht, sich um Arbeit zu bemühen. Wir haben in Deutschland das Prinzip des Forderns und Förderns. Das Problem ist nur, dass die Umsetzung dieses Prinzips nicht in angemessener Art und Weise geschieht. Insbesondere das Fordern wird aus unserer Sicht nicht richtig umgesetzt. Es gibt zu viele Möglichkeiten, dauerhaft in den sozialen Sicherungssystemen zu bleiben, sich dort einzurichten und Arbeitsangebote auszuschlagen. Insofern plädiere ich dafür, das Bewusstsein für Arbeit deutlich zu schärfen und die Fehlanreize abzubauen. Im Grunde müssten weite Teile der Bürgergeldreform zurückgenommen werden.

? Bürgergeldempfänger haben vielfach deutlich mehr Geld zur Verfügung als Arbeitnehmer, deren Einkommen knapp über dem Mindestlohniveau liegt. Das Nachrichtenmagazin Focus berichtete über einen Bürgergeldempfänger, der mit den Worten zitiert wird: „Wer arbeiten geht, verkauft nur seine Seele.“ Ist nicht zu befürchten, dass dieses Beispiel Schule macht?

Jana Schimke: Diese Aussage ist so nicht richtig. Wer weniger verdient, als der Bürgergeld-Regelsatz umfasst, der hat Möglichkeiten, sein Gehalt aufzustocken. Was allerdings der Wahrheit entspricht, ist die Tatsache, dass unter der Abwägung aller Erfordernisse Arbeiten zu gehen, früh aufzustehen und sich anzustrengen, als weniger lohnenswert betrachtet wird, als zu Hause zu bleiben. Und das ist ein Aspekt, den wir nicht ignorieren dürfen und der uns zeigt, dass wir über die Ausgestaltung sozialer Leistungen, die es neben dem Regelsatz noch gibt, überdenken sollten.

? Von der Kommission „Wohlstand“, einer von zehn Fachkommissionen der CDU, wird vorgeschlagen, alle Erbschaften mit einer „Flat Tax“ von zehn Prozent zu belegen. Bisher wurden die Erben von Familienunternehmen deutlich begünstigt. Sind diese Pläne nicht kontraproduktiv – besonders mit Blick auf die Weiterführung eines Betriebes und die damit verbundenen Arbeitsplätze?

Jana Schimke: Wir haben die Kritik an diesem Vorschlag sehr wohl zur Kenntnis genommen, und ich möchte darauf hinweisen, dass sich diese Arbeitsgruppe ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen hat. Insofern würde ich gerne erst einmal die Ergebnisse dieser Fachkommission abwarten und dann darüber reden, wie wir uns als CDU in Zukunft steuerrechtlich positionieren. Im Kern geht es uns immer darum, für Entlastungen zu sorgen. Insofern war dieser Antrag auch richtigerweise mit der vollständigen Abschaffung des

Soli verbunden. Das muss man immer zusammen sehen. Ich möchte aber an dieser Stelle darauf verzichten, über Steuerkonzepte zu reden, die weder Konsens noch offiziell bestätigt sind.

? Wie positioniert sich die Wirtschafts- und Mittelstandsunion, kurz MIT, deren stellvertretende Bundesvorsitzende Sie sind, in dieser Frage?

Jana Schimke: Für uns als MIT ist immer entscheidend, dass ein Steuersystem einfach und gerecht ist und die Menschen nicht übermäßig belastet. Hier gibt es in unserem bestehenden System durchaus Verbesserungsbedarf. Ich erinnere hier an die Diskussion um den Soli, aber auch an die ganze Diskussion um die Erbschaftssteuer. Am Ende müssen sich die Menschen in diesem Steuersystem wiederfinden und sich auch gerecht behandelt fühlen. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss man etwas ändern. Wir sind immer für Entlastungen, weil wir glauben, dass die Menschen sehr wohl selbst entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben und wo sie es investieren. Wir halten weniger von dem Ansatz, den Menschen erst einmal Einkünfte wegzunehmen und ihnen dann vorzuschreiben, wie sie diese in irgendwelchen bürokratischen Förderprogrammen zurückbekommen. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft. Deswegen ist es erst einmal richtig, dass dieser Reformbedarf erkannt worden ist. Wobei die Frage, in welche Richtung man im Steuerrecht geht, wo man kürzt und wo man vereinfacht, sicherlich noch zu entscheiden ist.

? Ihr Generalsekretär Carsten Linnemann, der auch Vorsitzender der Grundprogrammkommission Ihrer Partei ist, hat sich offen für eine Diskussion über einen höheren Spitzensteuersatz gezeigt. Dies müsste doch auf die Kritik der MIT stoßen. Sogar der JU-Vorsitzende Johannes Winkel hat davon gesprochen, im Höchststeuerland Deutschland über Steuerensenkungen nachzudenken. Auch in dieser Frage dürfte doch die MIT gefordert sein.

Jana Schimke: Ich glaube, es macht wenig Sinn, lediglich einzelne Steuern zu betrachten. Uns geht es darum, ein steuerpolitisches Gesamtangebot zu machen, das unter dem Strich eine Entlastung bringt. Das ist ein ganz wichtiger, entscheidender Punkt. Wie das dann im Detail aussieht, ist im Moment noch nicht entschieden und auch noch nicht konsentiert. Aber für die Gesamtbewertung ist es wichtig, dass die Belastung nicht steigt, sondern sinkt und die Menschen dadurch mehr finanzielle Spielräume bekommen.